

MATERIAL

Siebttes bundesweites Netzwerk-treffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt?

Dokumentation vom 2.2.2011

Impressum:

Herausgeber:

GIZ GmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Anita Reddy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 46
Projektleitung: Christian Wilhelm

Text: Benno Trütken, Dr. Hilmar Sturm, unterstützt durch Ilse Burgass und
die Referenten der Veranstaltung
Fotos: Ilse Burgass, Benno Trütken

Redaktion: Christian Wilhelm

Titelgestaltung: dreimalig, Köln
Druck: Media Cologne Kommunikationsmedien GmbH, Hürth
100% Recyclingpapier, RecyMago

Produktionsnummer: 7.01-0002-2011

Bonn, Juni 2011

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.
Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
sowie die Bundesländer
Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt –

Sparen mit dem Bürgerhaushalt?

Dokumentation vom 2.2.2011



Inhalt

Vorwort	7
Ablauf, Zielsetzung und Erwartungen	9
Ablauf	9
Zielsetzung des Tages	9
Impulse für den Erfahrungsaustausch	11
<i>Impulsbereich 1:</i>	
Erfahrungsbericht über die Bürgerbeteiligung bei der Haushaltssicherung in Solingen und Essen von Thomas Koch und Reiner König	11
<i>Impulsbereich 2:</i>	
Erfahrungsbericht über den Bürgerhaushalt in Argentinien und Peru von Eva Roeder und Norbert Hölcker	13
<i>Impulsbereich 3:</i>	
Bürgerhaushaltsnetzwerke auf Länderebene am Beispiel von Thüringen von Thomas Koch und Marco Schrul	18
<i>Arbeitsphase:</i>	
1. Ergebnisse der Podiumsdiskussion	23
2. Erfahrungsaustausch im World Café	28
Tisch 1: Bürgerhaushalt als Sparhaushalt - wie geht das?	28
Tisch 2: Aktuelle Situation der Bürgerhaushalte in Argentinien und Peru	31
Tisch 3: Bürgerhaushaltsnetzwerke auf Länderebene am Beispiel von Thüringen	34
Anregungen für das Netzwerk	37
Anhang	
Tagesprogramm 2.2.2011	38
Teilnehmer 7. Netzwerktreffen	39
Publikationen	41
Über Uns	46

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

zum siebten Mal trafen sich dieses Jahr Engagierte im Bürger- und Beteiligungshaushalt zum jährlichen bundesweiten Netzwerktreffen der SKEW, um ihre Erfahrungen mit diesem Instrument auszutauschen und ihre Praxis weiter zu entwickeln. Internationale Horizonte taten sich auf durch die Erfahrungsberichte aus Peru und Argentinien doch auch die Zusammenarbeit der Städte mit Bürgerhaushalten in Thüringen spielte in Eisenach eine große Rolle. Zum letzten Mal nahm Herr Christian Wilhelm als Koordinator der Servicestelle für das Netzwerk teil. Er arbeitet seit März 2011 wieder für die Bundestadt Bonn. Wir danken ihm für sein Engagement für den Bürgerhaushalt und für die Entwicklungspolitik der Kommunen.

Dezentralisierung ist ein "Exportschlager" deutscher Entwicklungspolitik. Good Governance ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland vermittelt Methoden der Verwaltungsreform und -optimierung in interessierte Länder. Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument, das weltweit dezentrale Strukturen stärkt. Es eignet sich dadurch besonders für den internationalen Austausch. So erfuhren die Teilnehmenden des Netzwerktreffens zum Beispiel, wie die Bürgerhaushalte in Peru, die jungen demokratischen Strukturen fördern. In Peru wird der Anspruch verfolgt, die Wirkung von Sozialausgaben durch den Bürgerhaushalt zu stärken. Man geht davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger kluge Berater für den bestmöglichen Mitteleinsatz für weniger Armut sind. Bei deutschen Sparhaushalten wurde diskutiert, dass es mehr denn je darum geht, soziale Gerechtigkeit und Zufriedenheit zu erhalten. Im Bürgerhaushalt gestalten die Betroffenen mit: In Lateinamerika wofür Mittel eingesetzt werden, in Deutschland zunehmend wo sie am ehesten verzichtbar sind.

Die Verzahnung von Planung und Beteiligung funktioniert in jedem Land als politisches Korrektiv. In Peru werden weniger Denkmäler gebaut. In Deutschland Schwimmbäder erhalten, die viele nutzen wollen. Eine wichtige Anregung war, dass eine größtmögliche Wirkung des Einsatzes öffentlicher Mittel erzielt wird, wenn man den Bürgerhaushalt möglichst zielgruppenspezifisch gestaltet. So sollte man auch auf Bevölkerungsgruppen zugehen, die bislang wenig beteiligt waren. Die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten kann neue ergänzende Dynamiken entfalten.

Der Bürgerhaushalt schafft Transparenz und Verständnis für politische Entscheidungen. Er fördert die Partizipation und damit die Demokratie. Lassen Sie uns den Kreis der Beteiligten weiter vergrößern. Denn Bürgerbeteiligung hilft gegen Politikverdrossenheit – auch präventiv!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre der umfangreichen Erfahrungen aus dem Netzwerk.

Anita Reddy

Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Ablauf, Zielsetzung und Erwartungen

Ablauf

Mit dem Eintreffen der ersten Gäste begann der Erfahrungsaustausch, der ab 11:00 Uhr einen offiziellen Rahmen erhielt. Bereits in der Begrüßung durch die Eisenacher Bürgermeisterin Ute Lieske wurde deutlich, dass die kommunale Finanznot ein zentrales Thema der zukünftigen Bürgerhaushaltsdiskussion sein wird. In eine ähnliche Richtung gingen die Grußworte von Thomas Koch, Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Koch machte deutlich, dass der Spruch „Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen“ derzeit eine ganz neue Bedeutung erhält, da die aktuelle Haushaltsfinanzierung tatsächlich „auf Pump“ und somit zur Tilgung durch die kommenden Generationen geschieht.



Im Anschluss an die Begrüßung durch Anita Reddy (Leiterin der Servicestelle Kommunen in der einen Welt) stellte der Moderator des Treffens, Benno Trütken, das Tagesprogramm vor (das detaillierte Programm befindet sich im Anhang der Dokumentation).

Zielsetzung des Tages

In der Reihe der jährlichen Treffen zum Erfahrungsaustausch über den Bürgerhaushalt fand 2010 an Stelle eines Netzwerktreffens eine internationale Konferenz in Berlin statt (siehe Materialien der Servicestelle: Dialog Global Nr. 24 Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Dokumentation www.service-eine-welt.de/images/text_material-2123.img). Beim nunmehr 7. Netzwerktreffen stand die Frage „Sparen mit dem Bürgerhaushalt?“ im Mittelpunkt. Mit der Wahl des Veranstaltungsortes verband sich ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt, die Weiterentwicklung des Netzwerkgedankens, mit Bezug auf Landesnetzwerke wie das Landesnetzwerk Thüringen. Darüber hinaus ging es wie immer darum, den Teilnehmenden eine gute Plattform zum Erfahrungsaustausch zu bieten und mit Impulsen aus Argentinien und Peru den Blick über die Grenzen zu werfen.

Methodik

Grundlage des Erfahrungsaustausches stellten Impulse aus drei Bereichen dar:

Für das Thema „*Sparen mit Bürgerhaushalt?*“ standen vorrangig die Referenten aus Essen und Solingen zur Verfügung. Zur *Netzwerkentwicklung* gab es Impulse aus Thüringen und zum *Blick in andere Länder* wurden Erfahrungen aus Peru und Argentinien vorgestellt. Dies geschah zunächst in Form einer Podiumsdiskussion, die sich nach einer kurzen Murrelphase schnell für das Plenum öffnete. Nach der Mittagspause wurden dann parallele World Cafés zu den drei Impulsen angeboten, in denen zwei Mal 45 Minuten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch bestand. Die Ergebnisse wurden im Plenum präsentiert und diskutiert; abschließend zog Anita Reddy ein Fazit der Veranstaltung und gab einen Ausblick auf die weitere Netzwerkarbeit.



Impulse für den Erfahrungsaustausch

Bevor die Ergebnisse der Podiumsdiskussion und der World-Cafés vorgestellt werden, finden Sie hier die aufbereiteten Impulse der Referenten.

Impulsbereich 1:

Erfahrungsbericht über die Bürgerbeteiligung bei der Haushaltssicherung in Solingen und Essen von Thomas Koch und Reiner König

In Solingen und Essen ging es um die Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) zur Abwendung der drohenden Überschuldung. Aus diesem Grunde wurde auch nicht von einem Bürgerhaushalt, sondern von der Durchführung eines Verfahrens zur bürgerbeteiligten Haushaltssicherung gesprochen. Dabei stand die Bewertung von Einsparvorschlägen und Einnahmeerhöhungsvorschlägen im Mittelpunkt. Es sollte kein „Wunschkonzert“ geben; dies war die Vorgabe der Kommunalaufsicht, um die Ausgaben für das Verfahren überhaupt genehmigt zu bekommen.

Ziel war es, die Bürger über die finanzielle Situation der Stadt zu informieren und einen modernen Ansatz für Politik und Verwaltung zu erhalten:

- Ein Bürgerfeedback zu Vorschlägen der Verwaltung einholen
- Kommunikation mit Bürgern zu organisieren – Interaktionsinstrument
- Auch nicht organisierten Bürgern Chancen zu geben, Gehör zu finden
- Bürgervorschläge und die Prioritätensetzung aller Teilnehmenden zu erarbeiten
- Zusätzlichen Input für den politischen Abwägungsprozess zur Haushaltskonsolidierung (kein „Bypass“) zu bekommen

In **Solingen** gab der Stadtrat bereits 2007 an die Verwaltung den Auftrag, einen Bürgerhaushalt vorzubereiten. 2008 und 2009 haben Bürgerhaushalts-Verfahren stattgefunden.

Aktuell spricht man in Solingen aber nicht von einem Bürgerhaushalt, sondern von „bürgerbeteiligter Haushaltssicherung“. Vorgegebenes Ziel der Verwaltung war es, 45 Millionen Euro einzusparen. Nach einem halben Jahr verwaltungsinterner Aufgabenkritik wurden 248 Maßnahmen von der Verwaltung vorgeschlagen, von denen über das Internet Maßnahmen mit einer Haushaltswirkung von 22 Millionen Euro den Bürgern vorgelegt wurden. Die eigentliche Beteiligung fand innerhalb von drei Wochen im März 2010 statt. Etwa 3.600 Bürgerinnen und Bürger haben sich auf der Plattform angemeldet und dort abgestimmt, was ca. 2,2 Prozent der Einwohnerschaft entspricht – laut Herrn Koch im Vergleich ein guter Wert.

Auf die Beteiligung folgten eine verwaltungsinterne Auswertung und politische Beratungen. Im Sommer 2010 entschied der Rat über das Haushaltssicherungskonzept.

Auch in **Essen** gab es eine Vorgabe für die geplanten Einsparungen, diese lag bei 100 Millionen Euro. Hier sollte ebenfalls ein Teil durch verwaltungsinterne Maßnahmen erzielt werden; der andere Teil wurde in Form von 78 Maßnahmen und 16 Denkanstößen mit allgemeinverständlichen Beschreibungen der Bürgerschaft vorgelegt. Dazu kamen eigene Vorschläge der Bürger, denen vorher deutlich gemacht worden war, dass die Vorschläge das Defizit nicht ausweiten dürften.

Als Erfolgsfaktoren ihrer Prozesse der „bürgerbeteiligten Haushaltssicherung“ benannten Koch und König:

- Entwicklung der Maßnahmen verwaltungsintern („produktkritischer Prozess“)
- Für Außenstehende verständliche Aufbereitung aller Maßnahmen
- Konzeptionelle Planungen im kleinen Kreis
- Frühzeitige Information und Einbindung der Politik (Beirat/Ältestenrat)
- Frühzeitige Information und Einbindung der Medien („Überzeugungsarbeit“)
- Dramaturgische Inszenierung der Inhalte
- Synchronisierung mit dem Beratungsprozess
- Taktisch klug gewähltes „Zeitfenster“
- Intensive Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Moderation und -Redaktion
- Ausreichend interne Ressourcen

Für Solingen stellte Thomas Koch aus der dortigen Erfahrung folgende Ansatzpunkte für Verbesserungen fest:

- Mehr Zeit für Vorbereitung, Konzeption und Testen der Plattform
- Restriktivere Handhabung der Kennzeichnung „Bürgervorschlag“
- Nicht nur Pro- und Contra-Bewertung
- Erweiterung der Auswertungsmöglichkeiten der Plattform

Ergänzt wurden diese Erfahrungen durch die Erläuterungen von Reiner König aus Essen. Für König ist die Bedeutung der Mobilisierung (auch über externe Medien) nicht zu unterschätzen. Dabei ist die intensive Zusammenarbeit mit der (lokalen) Presse unverzichtbar. Für ihn sind Marketing und Werbung gleichzeitig Erfolgs- und Kostenfaktoren

Zielgruppenorientierte Aufbereitung

Der zielgruppenorientierten Aufbereitung der HSK-Maßnahmen kommt laut König entscheidende Bedeutung zu, das bedeutet

- zusätzlichen Arbeitsaufwand
- zusätzlichen Zeitbedarf
- aber auch zusätzliche Transparenz für Einwohner und Politik.

Der damit verbundene Qualitätszuwachs benötigt aber auch mehr Ressourcen.

In der Phase der Konsultation wurde in Essen ein Forum mit mehr als 3.700 Menschen betreut. Dabei wurden Fragen aufgeworfen und Vorschläge unterbreitet, auf die im Medium Internet eine zeitnahe Reaktion erwartet wurde. Will man diesen Erwartungen gerecht werden, so resultiert daraus ein zusätzlicher Arbeits- und Zeitbedarf.

Während der Phase der Konsultation

Das laufende Verfahren muss sorgfältig beobachtet und dokumentiert werden, daraus ergeben sich weitere Erkenntnisse für Verwaltung und Politik.

Für Essen ergibt sich aus den Erfahrungen laut König für die Zukunft vor allem die Herausforderung, die Bürgervorschläge aus 2010 für die politische Beratung mit dem Ziel der Aufnahme in die Fortschreibung des HSK aufzubereiten. Von diesen Maßnahmenvorschlägen ge-

hören drei der Kategorie A (sofort umsetzbar) an und 58 der Kategorie B (weitere Prüfung notwendig).

Die Weiterentwicklung des Verfahrens für 2012 und die Zukunft sollte dann in der: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes liegen, die folgende Komponenten umfasst:

- Information über Bürgervorschläge 2010,
- Information über Weiterentwicklung der Haushaltssituation
- Konsultation (Bewertung u. Priorisierung von Verwaltungsvorschlägen, Aufnahme von weiteren Bürgervorschlägen)
- Rechenschaftsbericht

Impulsbereich 2: Erfahrungsbericht über den Bürgerhaushalt in Argentinien und Peru von Eva Roeder und Norbert Hölcker

Mit dem Blick nach Argentinien und Peru standen die Erfahrungen anderer Länder und damit der Blick über Grenzen im Mittelpunkt. Eva Roeder und Norbert Hölcker stellten die Hintergründe der dortigen Bürgerhaushaltsverfahren ebenso wie deren Besonderheiten dar und setzten sie teilweise in Bezug zu deutschen Bürgerhaushaltsprozessen.

Hier zunächst die Erfahrungen von Eva Roeder aus **Argentinien:**

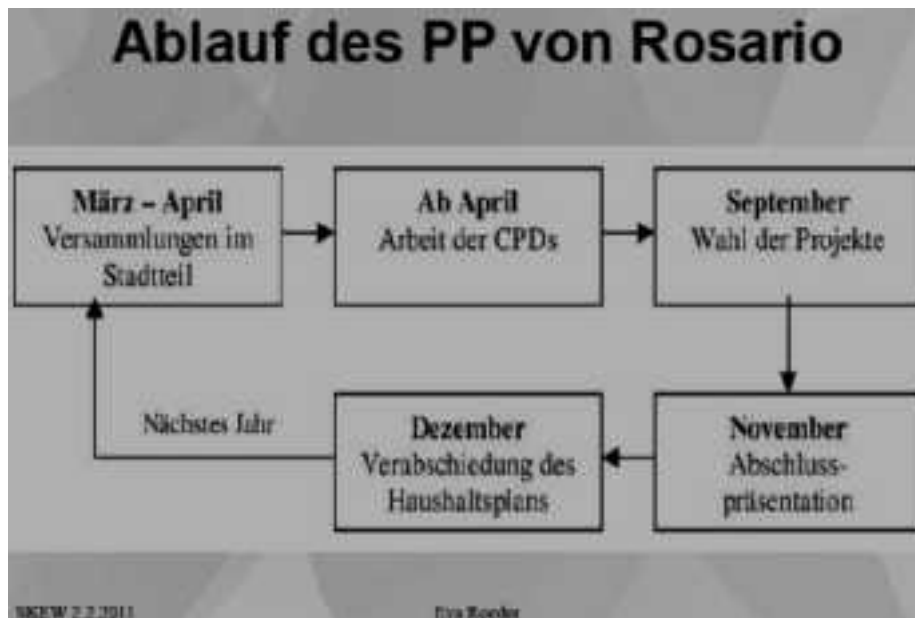
Als Ziele des Bürgerhaushalts in Argentinien stehen Demokratie und Bürgerbeteiligung zuoberst. Dies hat sich aus den politischen Rahmenbedingungen ergeben. Vor dem Hintergrund:

- einer jungen Demokratie (seit 1983) mit Bedarf in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruption, Responsivität
- von sozioökonomischen Faktoren wie sozialer Ungleichheit und Bevölkerungsarmut
- einer Zivilgesellschaft als Gegenpol zum Staat
- der Argentinien-Krise 2001

ging es dort darum, die soziale und politische Integration weiter zu entwickeln.

In Argentinien gibt es laut Roeder derzeit etwa 40 Kommunen mit Bürgerhaushalt sowie einen Zusammenschluss im Netzwerk (*Red Argentina de Presupuestos Participativos – RAPP*).

Exemplarisch stellte sie den Ablauf des Bürgerhaushaltes PP (Presupuestos Participativos) in Rosario vor. Rosario ist mit ca. einer Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt des Landes und die erste, die den Bürgerhaushalt eingeführt hat (im Jahr 2002) und gilt bis heute als Vorzeigemodell (das "Porto Alegre" von Argentinien). Dort läuft der Bürgerhaushalt in den sechs Stadtdistrikten nach dem nachfolgend dargestellten Schema ab:



Er durchläuft dabei ein dreistufiges Partizipationsverfahren (Versammlungen im Stadtteil, Arbeit in den Beteiligungsräten (CPD´s), Abstimmung per elektronischem Votum).

Die sechs Distrikte sind in den 90er-Jahren festgelegt worden, und in jedem Distrikt stehen nun ca. 1 Million Euro für den Bürgerhaushalt zur Verfügung. Das sind 3 bis 4 Prozent des Gesamthaushaltes der Stadt. Vorschläge, die über den Distrikt hinausgehen, sind zunächst nicht erwünscht gewesen, hier wird aus Sicht von Frau Roeder noch Potential des Verfahrens verschenkt.

Frau Roeder sieht als innovative Aspekte im dortigen Verfahren die erzeugten Synergien durch Verknüpfung mit ergänzenden Programmen, die Förderung von traditionell benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Gender- und Jugendbeteiligung) und den Einsatz elektronischer Voten (siehe die folgenden Folien). Diese innovativen Aspekte seien auch Grund für die Nominierung der Stadt La Plata für den Bernhard-Mohn-Preis 2011, da die Beteiligung dort über viele verschiedene Kanäle organisiert werde (zum Beispiel ist eine Abstimmung per SMS möglich).

1a) Gender und Bürgerhaushalt

- Projektentwicklung mit Gender-Perspektive
→ Gender-Budgeting
- Schulung des Verwaltungspersonals
- Bedeutung von Netzwerken / ext. Unterstützung


→ *Langfristige Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse*

NKW 2.2.2011 Eva Roeder

1a) Gender und Bürgerhaushalt

Grundlage: 2. Städtischer Strategierplan der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen 2005/2009 (PIO)


- 1) Parität im Beteiligungsrat
- 2) Kinderbetreuung
- 3) Inklusive und nicht-diskriminierende Sprache
- 4) Programm „Bürgerhaushalt und aktive Bürgerschaft der Frau“ → Sensibilisierungswshops



NKW 2.2.2011 Eva Roeder

1b) Jugendbürgerhaushalt (PP-Joven)

Grundlage: Jugend-Integrations-Plan




- Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren
- Einbettung in den „großen“ Bürgerhaushalt
- Organisation vom Jugendzentrum

→ frühzeitige Verankerung von bürgerschaftlichem Bewusstsein und demokratischen Wertinstellungen


2) Elektronisches Votum

Grundlage: Rosario digital

→ E-Government/ E-Democracy



- Transparenz, Schnelligkeit, Flexibilität
- Heranführen an neue Formen des Regierens und Kommunikationstechnologien



Laut Frau Roeder ist der Bürgerhaushalt von Rosario "querschnittmäßig" implementiert worden, das heißt mit anderen Programmen/Planungs- und Steuerungsinstrumenten verknüpft, wodurch sich Synergien ergeben (Bürgerhaushalt bietet die Diskussionsplattform und wird andererseits auch gestärkt).

Damit ist der Bürgerhaushalt in einen Transformationsprozess des politisch-administrativen Systems eingebettet. Seine Ergebnisse besitzen Verbindlichkeit, was für Frau Roeder einen wesentlichen Unterschied zu den Bürgerhaushaltsprozessen in Europa/Deutschland darstellt, die aus ihrer Sicht eher konsultativ angelegt sind. In Argentinien geht es zwar auch um die effektive Verwendung von Haushaltsmitteln (durch mehr Transparenz und die damit verbundene Bekämpfung der Korruption), aber weniger ums Sparen.

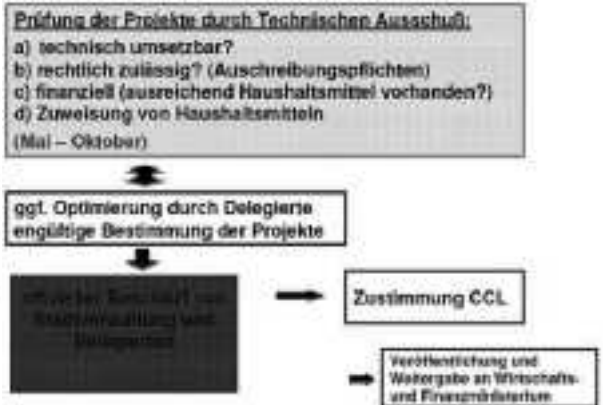
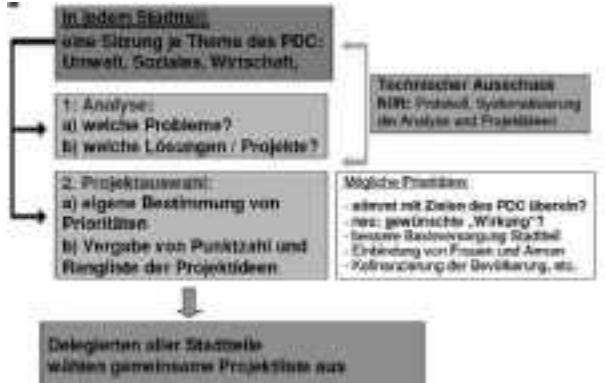
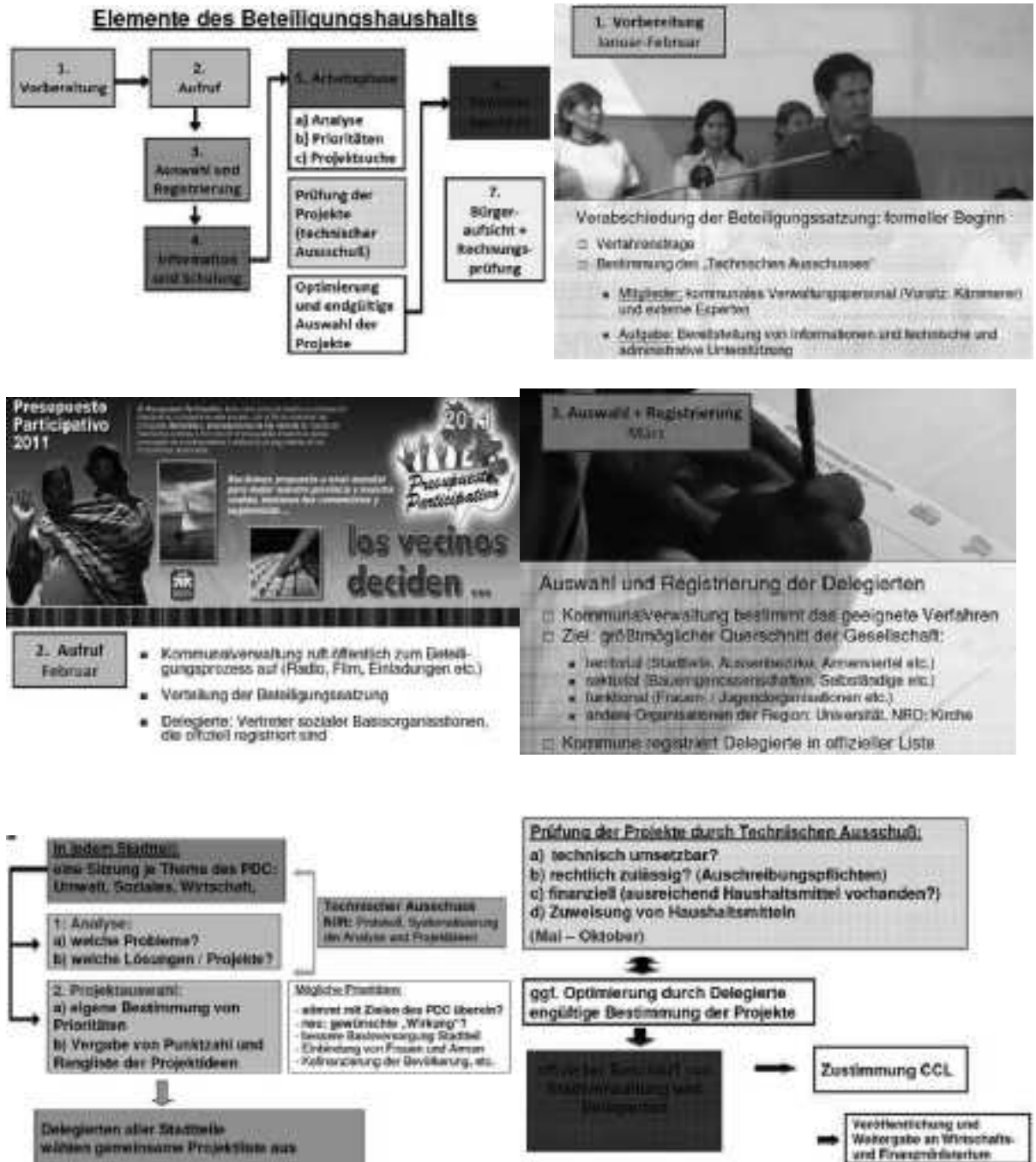
Norbert Hölcker führte die Teilnehmenden des World Cafés virtuell nach **Peru**. Die Beteiligungshaushalte sind von einem 2001 in Gang gesetzten Dezentralisierungsprozess in Peru geprägt worden, der zu einer Kompetenzverlagerung auf die 1.834 Kommunen und 24 Regionen geführt hat. Die von 1973 bis 2003 gesammelten Erfahrungen mit Beteiligungshaushalten in einzelnen Kommunen und Pilotregionen haben dazu geführt, dass es 2004 zu einer Bürgerhaushaltspflicht kam. Neuer Schwerpunkt der Beteiligungshaushalte ist seit 2009 die Resultatorientierung.



<p>1) Entstehungsprozess seit 2001: Zentralismus → Dezentralisierung = „Großlabor“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Motive, Akteure, Erwartungen, Hürden - Einbindung von Pilotregionen und kommunalen Vorläufern - Rolle von Netzwerken, Beteiligungsgremien, NGOs („Kraft der sozialen Bewegung“)
<p>2) Beteiligungshaushalt seit 2003: obligatorisch gemäß Verfassung für alle 1.834 Kommunen und 24 Regionen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - erd. weltweit größte Anzahl an Erfahrungen (1.834 Beteiligungshaushalte p.a. seit 2003), d.h. Vielzahl individueller, flexibler Modelle auf kommunaler Ebene mit „Guten Beispielen“
<p>3) aktive Rolle der Zentralregierung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Größe, Rolle, Voraussetzungen - öffentliches Internetportal: Details zu allen Beteiligungshaushalten landesweit - zentrale Instrumente: Fortbildungen, Transparenz / Kompförebekämpfung

Laut Hölcker sind die Beteiligungshaushalte in Peru an einem einheitlichen Grundmuster orientiert. Basierend auf einer Delegiertenauswahl soll über Vertreter von verschiedenen Interessengruppen (Mitglieder sozialer Basisgruppen) ein Querschnitt der Bevölkerung beteiligt werden. Ergänzend zu den Delegierten können sich in stadtteilbezogenen Arbeitsgruppen alle Bürgerinnen und Bürger einbringen. Aus den Ergebnissen wird dann von den Delegierten aller Stadtteile eine Projektliste erstellt, die nach einer Prüfung durch den technischen Aus-

schluss Beschlussgrundlage für die Kommune ist. Die Ergebnisse werden dann veröffentlicht und an das Wirtschafts- und Finanzministerium weitergegeben. Danach kontrolliert eine Bürgeraufsicht aus den Reihen der Delegierten die Umsetzung.





Mit der Neuorientierung zum „wirkungsorientierten Bürgerhaushalt“ hat sich in Peru ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die Effektivitätssteigerung der Sozialausgaben anhand von Wirkungsmessung steht nun im Mittelpunkt. Anhand von Kennziffern wie Unterernährung und Kindersterblichkeit wird die Zielerreichung geprüft und eine langfristige Orientierung angestrebt.

Merkmale:

	Beteiligungshaushalt	wirkungsorientierter Bürgerhaushalt
Kontrolle	Mittelverteilung "nach unten"	soziale Ziele: "nach oben"
Zeithorizont	kurzfristig (jährlich)	langfristig (12 Jahre)
Perspektive	territorial / institutional: parallele Programme verschiedener staatlicher Ebenen unkoordiniert für gleiche Zielgruppen	multi-sektoral, Programme und Ebenen verzahnend
Zielgrösse	Zahlungsorientiert: maximale Ausschöpfung der Haushaltsmittel	Wirkungsorientiert: eigener Beitrag zur Verbesserung der nationalen Armutsindikatoren

Zwar sind die Rahmenbedingungen in Peru deutlich anders als die in Deutschland und Europa, aber es ist laut Hölcker durchaus möglich, von den Erfahrungen aus Peru zu profitieren, sowohl von den positiven als auch von den negativen. So bietet sich ein Vergleich mit Konzepten der Verwaltungsmodernisierung in Deutschland an (Neues Steuerungsmodell/Neues kommunales Finanzmanagement), damit in Netzwerken und Städtepartnerschaften beide Seiten voneinander profitieren können.

Impulsbereich 3: Bürgerhaushaltsnetzwerke auf Länderebene am Beispiel von Thüringen von Thomas Koch und Marco Schrul

Für diesen Themenbereich standen die Erfahrungen von Thomas Koch aus dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz sowie Marco Schrul von der Heinrich-Böll-Stiftung in Thüringen zur Verfügung. Die Intention von Herrn Koch war es, Informationen zur zukünftigen Orientierung des Thüringer Bürgerhaushalt-Netzwerkes zu erhalten, daher beschränkte er sich auf einen kurzen Impuls. Im Mittelpunkt stand die Förderungspraxis des Landes für den Bereich Bürgerbeteiligungshaushalt. Bisher wurden in der Startphase über bis zu drei Jahre einzelne Kommunen aus Mitteln der Europäischen Union (EFRE) und des Landes gefördert. Für eine effektive Ausrichtung der zukünftigen Netzwerkunterstützung erhoffte er sich Anregungen von der aktuellen Veranstaltung. Weitere Erfahrungen brachte er dann in die Diskussion ein.

Marco Schrul stellte die Ergebnisse einer Studie vor, die 2009/10 von ORBIT im Auftrag der Böll-Stiftung über die Bürgerhaushalte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstellt wurde und nahm dabei besonderen Bezug auf die Thüringer Ergebnisse.

Die Studie bilanzierte den Entwicklungsstand und gibt Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte in Ostdeutschland. Dabei teilt sie die Kommunen in drei Klassifizierungen ein:

- Kommunen, die den Bürgerhaushalt einführen wollen
- Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben
- Kommunen, die einen Bürgerhaushalt fortführen

The image shows the cover of a study titled "BÜRGERHAUSHALTE IN OSTDEUTSCHLAND" and a slide from a presentation. The cover features the title in large white letters on a dark background, with a subtitle "Entwicklungsstand und Handlungsempfehlungen" below it. The ORBIT logo is visible in the bottom right corner of the cover. The slide lists three categories of municipalities with their respective examples:

- Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen/ durchgeführt haben (Erfurt, Großbreitenbach, Jena)
- Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben (Chemnitz, Suhl, Dresden, Eisenach, Heiligenstadt)
- Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen (Halle, Köthen, Leipzig, Nordhausen, Quedlinburg)

Quelle: Bürgerhaushalte in Ostdeutschland, Erfurt 2010, S. 8

Ein Hauptaugenmerk der Präsentation lag auf den Bürgerhaushalten in Fortführung.

Bürgerhaushalte in Fortführung (F)

Kommune	Beschluss	Erstmalig durchgeführt	Turnus	Phasen	Erstantrag	Internetpräsenz
Erfurt	2005	2008	jährlich	alle	Mitglieder des Stadtrates	www.erfurt.de/eff/de/jengagiert/bbhaushalt/
Großbreitenbach	2007	2009	jährlich	alle	Großbreitenbach 2000	www.da-rede-ich-mit.de
Jena	2006	2007	jährlich	alle	Bündnis go/Die Grünen, Die Linke, SPD	www.jena.de/buergerhaushalt

Abb. 3 Kommunen, die einen BHH durchführungs durchgeführt haben

Quelle: Bürgerhaushalte in Ostdeutschland, Erfurt 2010, S. 9

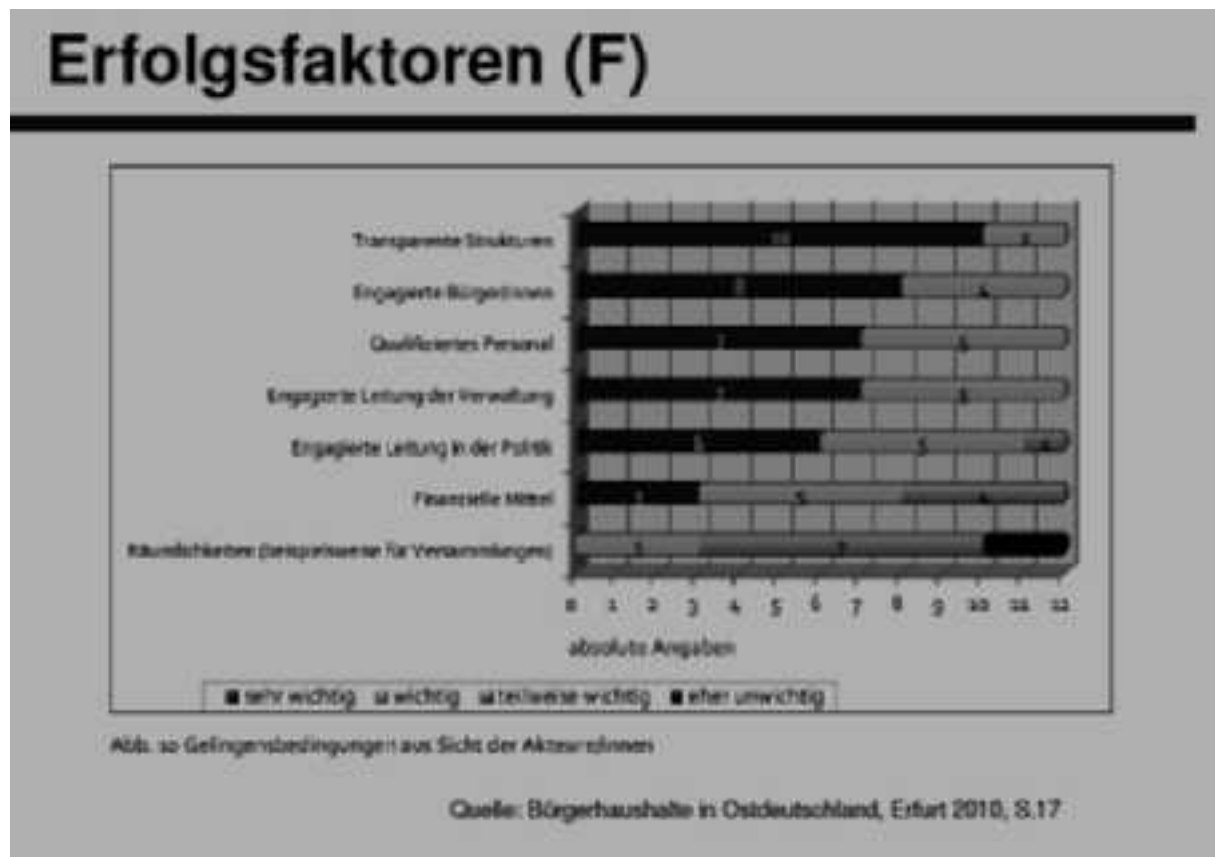
So lag beispielsweise in Jena der Fokus für 2009 auf den Schuldenabbau und 2010 bei den freiwilligen Leistungen.

Jena 2009: Priorität beim Schuldenabbau

Maßnahme	Hauptstimme		Zweitstimme		Drittstimme		Gegentstimme	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
1. Rückführung der Verschuldung	1037	34,7	460	9,7	483	10,4	59	1,2
2. Sozialer Wohnungsbau	607	18,9	513	10,9	237	6,3	53	1,1
3. Spielplatz mit Brunnen im Zentrum	99	2,9	158	3,3	202	4,3	246	4,9
4. Ausbau August-Bebel-Straße	19	0,4	61	1,1	75	1,6	142	2,8
5. Errichtung von P&R-Flächen	6	0,1	60	1,1	75	1,7	311	6,1
6. Neubau Spielplatz Cospeda	27	0,6	19	0,4	36	0,8	98	1,9
7. Sportanlage Innenstadt Kunstrasenplatz	12	0,3	7	0,2	18	0,4	126	2,6
8. Bau Sport- und Mehrzweckhalle	292	6,2	385	6,5	293	6,2	198	3,9
9. Bau von Spielplätze und Ballspielflächen	99	2,1	214	4,5	263	5,6	28	0,6
10. Sanierung von Straßen	214	4,5	413	6,7	304	6,4	36	0,7
11. Vorratiger Ausbau der Weidenstraße	101	2,1	129	2,7	107	2,3	197	3,9
12. Verkehrsberuhigung und Begrünung	193	3,5	295	6,3	291	6,2	79	1,6
13. Optimierung des Verkehrsflusses	337	6,2	505	10,7	485	9,9	21	0,4
14. Ausbau des Radwegenetzes	404	8,3	551	11,7	457	10,3	74	1,5
15. Barrierefreie Innenstadt	66	1,4	133	2,8	200	4,2	31	0,6
16. Neubau und Sanierung von Parkanlagen	35	0,7	147	3,1	245	5,2	36	0,7
17. Umsetzung des Lärmschutzplanes	43	1,0	74	1,6	73	1,6	262	5,2
18. Ausweitung des Fußverkehrsnetzes	99	2,1	204	4,3	224	4,7	74	1,5
19. Schaffung von Anwohnerparkplätzen	92	2,0	126	2,7	139	2,9	206	4,1
20. Bau Kongresshalle	240	5,1	240	5,1	281	6,0	1433	28,0
Gesamtstimmen	4724		4724		4724		5066	

Fazit: Bürger nicht als Sparkommissare, sondern als strategische Partner/innen bei der Haushaltskonsolidierung und –gestaltung begreifen!

Für die Kommunen in Fortführung wurden die in der nächsten Abbildung aufgeführten Erfolgsfaktoren benannt.



Weiterhin ergaben sich daraus laut Schrul Erkenntnisse über eine «best practice» für einen Bürgerhaushalt.

Best practice für einen Bürgerhaushalt

- Schritt 1: Einbeziehung von Stadt – und Kommunalräten
- Schritt 2: Akzeptanz innerhalb der Verwaltung
- Schritt 3: Information über bestehende Bürgerbeteiligungskonzepte
- Schritt 4: Erarbeitung eines Konzeptes
- Schritt 5: Gut gestaltete und passgenaue Informationsmaterialien erstellen
- Schritt 6: Methoden zur Meinungsäußerung und Bewertung auswählen
- Schritt 7: Transparenz herstellen
- Schritt 8: Umsetzung der Vorschläge und Auswertung des Prozesses

Quelle: Bürgerhaushalte in Ostdeutschland, Erfurt 2010, S.22ff

Aus diesen Erfahrungen resultierend präsentierte Schrul folgende Empfehlungen aus der Studie:

- Finanzschwäche und Haushaltskonsolidierung sollten nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Einführung eines Bürgerhaushaltes sein
- zu schaffende Voraussetzungen sind Beschluss des Rates und Akzeptanz in der Verwaltung
- Einrichtung einer Stelle mit mindestens 0,5 Vollbeschäftigteneinheiten in der Verwaltung
- Vernetzung mit anderen Bürgerhaushalts-Kommunen
- externe Begleitung (Moderation von Präsenzveranstaltungen, Erstellung und Auswertung der Fragebögen).
- Responsivität des Verfahrens: Bürger sollen von Anfang an die Möglichkeit haben, sich in den Prozess einzubringen
- realistische Ziele in Bezug auf die angestrebte Beteiligung formulieren
- regelmäßige Evaluation des Prozesses und der eingesetzten Methoden (abhängig von der Größe der Kommune, den örtlichen Gegebenheiten, dem Fachwissen der Mitarbeiter und dem sonstigen vorhandenen Know-How: Fremd- oder Selbstevaluation)
- stärkere Einbeziehung von sogenannten Randgruppen (bildungsferne und sozial benachteiligte Schichten bzw. Jugendliche und Senioren)
- Ausbau des Methodenspektrums in der Beteiligung, sowohl mit direkten Ansprachen (z.B. Einladungen) als auch mit flexiblen Abstimmungsmöglichkeiten (Fragebogen, Internet)
- regelmäßige Qualifizierungsmaßnahmen für Weiterentwicklung notwendig (von der Prozessmoderation bis hin zu Methoden, die den Bürgern das Thema Bürgerhaushalt näher bringt)
- zeitnahe Umsetzung bzw. Auseinandersetzung mit den Vorschlägen aus der Bürgerschaft, um den Bürgern größtmögliche Transparenz und Wertschätzung entgegenzubringen

Darüber hinaus benannte Schrul noch einige Ansatzpunkte für die Diskussion:

Ausblick: Entwicklungstendenzen

- Thüringen: Wiederbelebung und Ausweitung des Netzwerkes der Städte und Gemeinden mit Bürgerhaushalten
- stärkere Kooperation (z.B. beim Thema Haushaltsrechner) vs. individuelle Ausdifferenzierung
- Auf- und Ausbau eigenständiger zivilgesellschaftlicher Bürgerhaushaltsstrukturen [AG Bürgerhaushalt bzw. Koordinationsstellen vs. „Professionalisierung“ durch die (Finanz-)Verwaltung]
- Konzentration auf repräsentative Befragungen (Demoskopie) vs. Verbesserung der öffentlichen Beratung (Diskurs)

Diese Ansatzpunkte mündeten in einer Vision zur Rolle des Bürgerhaushaltes in einer deliberativen Demokratie.

Vision: Deliberative Demokratie

- demokratische Entscheidung werden durch die **Qualität ihres Zustandekommens** legitimiert (Deliberation: öffentlicher Diskurs über politischer Fragen)
- die **Zivilgesellschaft beeinflusst und legitimiert** die Entscheidungen der politischen Institutionen aktiv
-> keine Entscheidungskompetenz, aber „vorprogrammierte Entscheidungen“
- **Bürgerhaushalte als „Nukleus“** einer konsolidierten repräsentativen bzw. deliberativen Demokratie ?

1. Arbeitsphase: Ergebnisse der Podiumsdiskussion



Thomas Koch begann mit einem Erfahrungsbericht aus **Solingen** (siehe Präsentation).

In der Diskussion betonte er, dass zum ersten Mal die Bürgerinnen und Bürger überhaupt real einbezogen wurden. Der Rat hat sich tatsächlich an den Voten der beteiligten Bürgerinnen und Bürger orientiert. Einsparungen in Höhe von 42,3 Millionen Euro wurden beschlossen. Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger haben von den vorgeschlagenen 22 Millionen Euro Sparmaßnahmen nur 9 Millionen beschlossen. Die Differenz wurde durch Steuererhöhungen ausgeglichen. Vom Benno Trütken nach der „gefühlten Akzeptanz“ befragt, wurde diese als sehr unterschiedlich eingestuft.

Reiner König berichtete aus **Essen** über ähnliche Voraussetzungen und ähnliche Erfahrungen wie in Solingen (s. Präsentation). Die Organisation des Bürgerhaushaltsprozesses sollte sich laut Ratsauftrag an Köln orientieren. König erläuterte, dass in Essen immer noch diskutiert wird, ob es sich um einen Bürgerhaushalt handelt oder um eine andere Form der Beteiligung.

Für ihn ist noch wichtiger als die Zustimmung der Bürger zu notwendigen Maßnahmen, dass diese über wichtige Ziele informiert werden. Zudem hatten die Bürger eine Plattform für die Diskussion untereinander.

Die Fachhochschule Gelsenkirchen evaluierte das Verfahren in einer Erhebung (in Papierform und online) mit einem Rücklauf von etwa 500 Fragebögen. Der Tenor der Befragten war, der Bürgerhaushalt sei gut und solle weitergeführt werden. In diesem Sinne hat dann der Rat auch beschlossen. Schwierig war die Information der Bürgerschaft. Man nutzte vorwiegend das Internet wegen der relativ günstigen Kosten. Weitere Medienarbeit gab es vor allem über örtliche Zeitungen und Rundfunksender.

Marco Schrul stellte aus seiner Studie über den Bürgerhaushalt in **Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt** zunächst das Vorgehen in Jena vor (siehe Präsentation).

Zum Thema Engagement einzelner Gruppen berichtete er über die Frage des Ausbaus eines Stadions, die zu einer erkennbar stärkeren Beteiligung von Fußballfans geführt hatte. Da man in Jena die schriftliche repräsentative Befragung der erwähnten 15.000 Haushalte

durchgeführt hatte, konnte man diese mit den Ergebnissen einer Beteiligung über das Internet vergleichen. Es zeigte sich, dass die Ergebnisse sehr stark korrespondierten.

Als weiteres Instrument wurden Bürgerforen und -veranstaltungen durchgeführt. Sie erzielten eine geringe Beteiligungsquote. Hier herrscht eine gewisse Ratlosigkeit, wie die Teilnahmequote zukünftig erhöht werden kann.

Auch wenn die Haushaltskonsolidierung nicht als Thema vorgegeben war, gingen viele Vorschläge in diese Richtung. 34 Prozent der Beteiligten stimmten für den Schuldenabbau: Jena verfolgt ein Entschuldungskonzept, das die Stadt in 15 Jahren schuldenfrei machen soll.

Herr Schrul sprach sich dafür aus, dass man nicht nur über Einsparungen, sondern auch darüber diskutieren sollte, wo das Geld hingehet, das auch weiterhin ausgegeben wird.

Über Situation und Entwicklung des Bürgerhaushalts in **Argentinien und Peru** informierte Norbert Hölcker (s. Präsentation).

In der Diskussion hob Hölcker hervor, dass positiv zu beurteilen ist, dass die Bürger in Peru tatsächlich in Entscheidungen eingebunden werden. Partizipation, Dezentralisierung und Armutsbekämpfung gehören dort zu den Zielen. Die Haushaltspläne sind besser und effektiver geworden; die Einbindung kritischer Stimmen hat beispielsweise Denkmäler, die keiner braucht, verhindert.

Weiterhin betonte Hölcker die Einführung des wirkungsorientierten Haushalts als wichtigen Schritt. Mit ihm soll, in enger Anbindung an die gesamte Planung, gemessen werden, welche Wirkungen tatsächlich erzielt worden sind. In den Bürgerhaushalten werden Projekte definiert, deren Beitrag zur Erreichung konkreter Vorgaben geprüft wird, beispielsweise der Prozentsatz der Schulabgänger, die einen höheren Bildungsabschluss erreichen. Diese Ziele legt allerdings die Zentralregierung fest, und dieser Ansatz der Wirkungsorientierung steht noch ganz am Anfang.

Zur Frage des Beteiligungsgrades berichtete Hölcker, dass auch in Peru der Beteiligungsgrad eher gering ist und insgesamt ca. 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung beteiligt werden.

Fragen an das Podium und Beiträge aus dem Teilnehmerkreis:



Ein Teilnehmer erläutert, dass in seiner Kommune **wirkungsorientierte Haushaltsplanung** bereits gemacht wird, einerseits im Sinne eines Kostenvergleichs, andererseits im Sinne einer stärkeren Bedürfnisorientierung. In Peru, so Norbert Hölcker, sind Planung und Mitteleinsatz stark vernetzt. Es wird immer versucht, den Mitteleinsatz genau auf die Planziele auszurichten. Eingewandt wurde, dass ehrenamtliche Politiker mit der wirkungsorientierten Verwaltung oft überfordert seien. Gerade deshalb sei es wichtig, das Wissen der Bevölkerung zu nutzen.

Gefragt wurde, ob Solingen mit der Bürgerbeteiligung am Haushalt weitermacht. Das wurde bejaht, doch es wurde auf Schwierigkeiten hingewiesen. Für 2012 wolle man mit einem neuen Konzept herangehen.

Eine weitere Frage betraf die Art, wie **die Bürgerschaft über das Erreichte informiert** wird. In Solingen werden die Ergebnisse auf der Plattform online veröffentlicht. Nach dem Entscheid des Rates gibt die Verwaltung über die Presse und online einen Rechenschaftsbericht. Über die Sparwirkungen selbst sind keine detaillierten Informationen für die Bürger geplant.

Die **Selbstbindung des Rates an die Vorschläge** des Bürgers wurde in einem Beitrag thematisiert. Eine solche Selbstbindung gibt es schon aufgrund der Gesetzeslage nicht, aber einen zusätzlichen Input an Meinungen aus der Bürgerschaft. Den Bürgern wird das so kommuniziert.

Die **Kosten** für den Bürgerhaushalt-Prozess betragen in Solingen etwa 52.000 Euro für externe Beratung, Internetplattform und Moderation. Die Plattform ist so angelegt, dass sie auch für andere Verfahren angepasst und genutzt werden kann. Die Erlaubnis der Kommunalaufsicht für diese zusätzliche Ausgabe konnte nur gewonnen werden, weil sich der Bürgerhaushalt auf Sparvorschläge beschränkt. Die Kosten in Essen betragen ca. 60.000 Euro an Auszahlungen; zusätzlich wäre der Aufwand in der Verwaltung selbst zu errechnen. Moderiert wurde extern, die inhaltliche Begleitung kam von der Verwaltung. Das im Internet erwartete schnelle Antworten erfordert eigentlich dafür freigestelltes Personal.

Zwei Fragen stellte Frau Knips aus Jena: wie hoch die **Beteiligungquote** jeweils gewesen sei und ob neben der Verwaltung auch Bürger in Arbeitsgruppen an der Gestaltung des Bürgerhaushalts-Verfahrens mitgewirkt hätten. In Essen wurden 250 Vorschläge gezählt, in Solingen etwa 1.000, wobei die Vorschläge unterschiedlich erfasst wurden. In Essen nahmen 3.800 Menschen aus der Region teil, die sich im Durchschnitt mit jeweils ca. 30 Vorschlägen beschäftigt haben. Als Muster zeigte sich, dass viele Menschen nach der „Tagesschau“ etwa eine Stunde lang auf der Bürgerhaushalts-Plattform aktiv waren. In Solingen waren es sogar durchschnittlich 40 Vorschläge, die von jeder Person behandelt wurden.

Sowohl in Solingen als auch in Essen wurde der Bürgerhaushalt von der Verwaltung **konzipiert** (mit externer Beratung), in Essen unter Einbeziehung der Fraktionen (Ältestenrat). Die Entscheidung über den Haushaltsplan bleibt ausschließlich beim Rat, die Aussagen und Abstimmungen der Bürger stellen „nur“ Empfehlungen dar. In Jena, so ergänzte Herr Schrul, sind Bürger auch bei der Vorbereitung des Bürgerhaushaltsverfahrens eingebunden, in einer sehr konstruktiv arbeitenden Arbeitsgemeinschaft Bürgerhaushalt.

Zum Thema der **„Repräsentativität“** von Beteiligten in Bürgerhaushalts-Verfahren fragte Herr Szykbalski aus Münster, ob mit Bürgerhaushalten andere Menschen erreicht werden als nur die, die sich sonst damit beschäftigen. Die Antwort: Die üblichen „Querulanten“ wirken auch im Bürgerhaushalt mit, aber die Bürger korrigieren sich untereinander auf der Kommunikationsplattform. Auch Prestigeobjekte oder Einrichtungen, die einzelnen Gruppen beson-

ders wichtig sind, wie etwa ein Stadion, werden von der Mehrheit oft zur Disposition gestellt. Herr Schrul befürwortet einen „Methodenmix“, damit durch verschiedene Formen verschiedene Zielgruppen einbezogen werden können. Eine „repräsentative“ postalische Erhebung sollte mit einer Präsenzveranstaltung kombiniert werden.

Auf die Frage nach **Beispielen von Ergebnissen** werden für Solingen genannt: Die Reduzierung des öffentlichen Personennahverkehrs wurde abgelehnt, ebenso die Schließung zweier Stadtteilsäle, eines Stadions und von Hallenbädern. Befürwortet wurden eher kleinere Maßnahmen wie die Erhöhung der Hundesteuer und die Senkung von Zuschüssen.

Sind aus Bürgerhaushalts-Verfahren auch **Bürgerinitiativen** und **Bürgerengagement** entstanden? In Solingen gab es gegen eine Sache eine Demonstration. Auch im Bereich Grünplanung gibt es immer wieder Bürgerinitiativen, wenn etwa die Veräußerung von Grünflächen geplant wird.

Herr Vorwerk von *buergerkwissen* fragte, ob **bestimmte Interessen** oder „Gerechtigkeiten“ durch den Bürgerhaushalt gefördert würden, welchen Gruppen also die Ausgaben besonders nutzten. Herr Hölcker meinte, in Peru und Argentinien hätten viele Ausgaben letztlich nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Auch deshalb werde (von der Zentralregierung aus) die Wirkung untersucht. Das Gesetz verlangt eine breite Beteiligung. Obwohl auch „schräge Ideen“ eingebracht würden, seien die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen durch die Bürgerhaushalte in Südamerika doch besser erfüllt, wenn auch Kritiker einbezogen werden.

Eine andere Frage betraf **langfristige Erfahrungen** aus dem Peruanischen Modell bezüglich **verschiedener Beteiligungsformen**, vor allem des Internets. Neunzig Prozent der Kommunen in Peru sind ländlich und klein, oft gibt es keinen Strom. Das Radio ist eine wichtige Informationsquelle. Zur Evaluierung gibt es die „Bürgeraufsicht“: Bürger werden in die Untersuchung der Ergebnisse und die Evaluierung einbezogen. Der Bürgerhaushalt ist ein sehr dezentraler Prozess, daher gibt es ein buntes Spektrum. In Essen wurde nur über das Internet beteiligt, weil kein Geld und kein Personal für andere Beteiligungswege vorhanden waren. Bei 57.000 Euro bereitstehenden Mitteln ist eine repräsentative Umfrage leider nicht möglich.

Im Zusammenhang mit dem Thema **Umfrage** wurde auch nach dem **Rücklauf** der Fragebogenaktion in Jena gefragt. 2009 betrug der Rücklauf etwa 28 Prozent, 2010 waren es noch ca. 15 Prozent. An externen Kosten fielen für die Befragung an: ca. 25.000 Euro für zwei Jahre an Sachkosten (Gestaltung, Versand, Rückporto, Auswertung durch die Fachhochschule). Dazu kommt der Personalaufwand bei der Stadtverwaltung und für die Koordination der Arbeitsgruppen. In Solingen gelang es durch frühzeitige Pressearbeit, dass in einer Tageszeitung das gesamte Sparpaket in einer Samstagsausgabe abgedruckt wurde. So waren neben dem Internet auch Äußerungen über die Zeitung möglich. Etwa 300 Rückläufe kamen so zusätzlich.

Frau Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Marzahn-Hellersdorf, berichtete, dass in jedem Stadtteil eine **Einwohnerversammlung, ehrenamtlich moderiert** von der Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, über die Haushaltssituation und den Stand des Bürgerhaushalts informiert. Das kostet die Arbeitszeit der Dezernent/in. Auch in Schulen zu informieren kostet wenig. Die Kosten umfassen daher vor allem Druck und Verteilen der Broschüren. Herr Ahlke stellte für die Stadt Erfurt dar, dass ohnehin jährlich eine Wohnungs- und Haushaltserhebung stattfindet, diese werde für den Bürgerhaushalt genutzt. So beschränken sich die zusätzlichen Kosten für die Stadt auf ca. 2.500 Euro.

Es wurde gefragt, ob Kinder auch einbezogen werden. In Solingen gibt es eine Art Kinderbeirat. In Schulen wurden Vorträge gehalten. Zusätzlich hat man es auch beim Seniorenbeirat versucht, aber mit weniger Erfolg. In Essen dagegen kam die Anregung zum Bürgerhaushalt sogar aus dem Seniorenbeirat in den Rat der Stadt. Auch in Essen will man in der zweiten Runde nun Kinder und Jugendliche einzubinden versuchen.

2. Arbeitsphase: Erfahrungsaustausch im World Café

Tisch 1: Bürgerhaushalt als Sparhaushalt – wie geht das?

Nach einem Impuls von *Reiner König* aus Essen und *Thomas Koch* aus Solingen (s. Präsentationen) wurden am Arbeitstisch folgende Aspekte diskutiert und von Dr. Hilmar Sturm dokumentiert und im Plenum vorgestellt.

Thomas Koch (Solingen) verwies darauf, dass im Bürgerhaushalt eine breite Masse die *Möglichkeit* hat, sich zu beteiligen. Als Probleme sah er einerseits eine gewisse Angst vor Entmachtung in Politik und Verwaltung, andererseits die Übersetzung der Informationen aus dem „Kämmereideutsch“ in verständliche Sprache. Diese sei nicht immer gelungen, obwohl man eng mit der Pressestelle zusammenarbeitete. Aber die Suche nach verständlicheren Formulierungen nütze sicher auch manchem Ratsmitglied.



Das hohe Gewicht der Pressearbeit ist am Beispiel Kassel zu erkennen, wo das Bürgerhaushaltsverfahren durch die Presse „kaputtgeschrieben“ wurde. Daher ist es wichtig, den Medien den Nutzen einer Begleitung des Verfahrens im Vorfeld zu erläutern. Öffentlichkeitsarbeit wurde in Solingen auch über andere Medien, Schulen, Beiräte etc. betrieben. Für den Erfolg eines „Sparhaushaltes“ bedeutsam ist die externe Moderation, die es erlaubt, dass sich die Diskussion auf einer sachlichen Ebene bewegt. Die Ansprüche, dass im Internet Antworten schnell kommen, führt die Verwaltung schnell an ihre Grenzen. Viele interne und externe Ressourcen sind dafür nötig.

In Solingen konnte wegen knapper Vorbereitungszeit die Internetplattform nicht vorher getestet werden, so dass Nacharbeiten während des eigentlichen Beteiligungsverfahrens nötig wurden. Eine offene Frage in Solingen war, wann eine Idee als „Bürgervorschlag“ gewertet und gezählt werden sollte. Zum Teil wurden qualitativ wenig ergiebige Aussagen als Vorschläge gewertet; das sollte künftig restriktiver gehandhabt werden. Bei der Abstimmung auf der Internetplattform, die bis dato nur pro und contra kannte, soll nun zusätzlich mindestens eine Möglichkeit, „neutral“ zu bewerten, eingeführt werden.

Reiner König (Essen) schilderte, wie ein drohendes Defizit von 400 Millionen Euro schon vor der Bürgerbeteiligung von der Presse behandelt wurde. Die Bürger waren dadurch bereits alarmiert, manches war auch schon diskutiert. Das eigentlich für die Politik gemachte Haushaltssicherungskonzept (HSK) musste diskussionsfähig für die Bürger aufbereitet werden. Der damit verbundene Arbeitsaufwand führte zu Terminproblemen, im Resultat aber auch zu einem besseren Verständnis des Haushaltsplans durch die Politiker.

Die Bürger konnten die Vorschläge des HSK mit ja, nein oder neutral bewerten und Fragen stellen. Für die fachliche Begleitung sind Teams nötig. Erfahrungsgemäß kommen die meisten Fragen nach der Tagesschau. Abends und am Wochenende müsste daher eigentlich Personal zur Verfügung stehen.

Vorschläge, bei der Kultur zu sparen, lagen lange Zeit vorne. Doch kurz vor Ende der Beteiligungsphase kippte die Mehrheit. Solche Mobilisierungsphänomene sollten dokumentiert werden, etwa indem die täglichen Ergebnisse dargestellt werden und so Mobilisierungswellen aufgezeichnet werden. Auch *Herr König* plädierte dafür, die Zahl der Bürgervorschläge zu

verringern, damit sie besser verarbeitet werden können. Denn in Essen wird jeder Vorschlag in der Fachverwaltung aufwendig geprüft, in den Fachausschüssen, die zu jedem Vorschlag ein Votum abgeben, und dann im Rat, der entscheidet und ein Feedback geben sollte.

Da das HSK auf vier bis fünf Jahre ausgelegt ist, wird es künftig eher Fortschreibungen geben und entsprechend weniger Beteiligung als Information, also ein schlankeres Verfahren. Pro Teilnehmer/in wurden durchschnittlich etwa dreißig der insgesamt 90 im HSK vorgeschlagenen Maßnahmen beurteilt (in Solingen lag der Durchschnitt bei 40 Maßnahmen). Von Seiten der Politik und Verwaltung sollten deshalb weniger Maßnahmenvorschläge auf der Plattform eingestellt werden.

Die *Gespräche und Diskussionen* in der Gruppe drehten sich vor allem darum, wie es überhaupt zum Sparhaushalt kommt, welche Mittel dafür nötig sind und welche Wirkungen die Beteiligung hat.

Weniger Angst vor den Bürgern wurde empfohlen. Bedenken, die Bürger protestierten, weil sie erst gefragt werden, wenn es nichts mehr zu verteilen gibt, haben sich nur teilweise bewahrheitet; die Reaktionen sind unterschiedlich.

In Jena stand ein einstimmiger Stadtratsbeschluss hinter dem Verfahren, das verschaffte ihm viel Rückhalt. Das Kasseler Beispiel dagegen zeigte, dass ein schwacher politischer Wille zusammen mit unzureichender Medienarbeit ein Verfahren stoppen konnte (was vermutlich in diesem Fall besser war).

Die Verwaltung müsste sich nicht allein exponieren und eine „Liste der Grausamkeiten“ vorstellen – das könnte stattdessen auch gemeinsam mit Arbeitsgruppen und Bürgern geschehen.

An Mitteln für Bürgerhaushaltsverfahren bräuchte man eigentlich eine ganze Stelle und ca. 50.000 Euro pro Jahr. Das müsste – auch in Kommunen, die keine freiwilligen Aufgaben mehr leisten dürfen – deshalb zu finanzieren sein, weil Bürgerbeteiligung und Sparen an sich Pflichtaufgaben sind: **Bürgerhaushalte sollten Pflichtaufgaben werden. Die Demokratie ist schließlich Staatsaufgabe, auch für die Kommunen.**

Sparen kann man möglicherweise, wenn man die „Übersetzung“ von Informationen aus der Sprache der Verwaltung in verständliche Sprache für die Bürger ehrenamtlich organisiert. Was die Wirkungen solcher Sparhaushalte betrifft, wurde versucht, eine Zwischenbilanz zu ziehen: Ist die Haushaltsplanung besser geworden?

Besser sind auf alle Fälle jetzt:

- die Information der Öffentlichkeit über die Kommunalfinanzen
- das Bewusstsein für die Haushaltslage
- Sparvorschläge wurden gewonnen und bewertet
- und es ist eine neue Erfahrung für die Politik.

Die erzielten Einsparungen lassen sich aber nicht monokausal dem Bürgerhaushalt zuschreiben. Aber die Kommunen sind einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Bürgerkommune gegangen.

Wie verbindlich sind die Sparvorschläge der Bürger? Nach den Gemeindeordnungen ist für Finanzentscheidungen der Rat zuständig. Die Politik muss noch lernen, die Bürger dennoch einzubinden. Als wünschenswert sieht man es an, wenn die Politik den Bürgern Feedback zu ihren Vorschlägen gibt, etwa durch Stellungnahmen der Fraktionen. Dafür fehlt aber die Zeit. Es können jedoch für einzelne Vorschläge „Paten“ in verschiedenen Fraktionen gefunden

werden, die diese Maßnahmen dann im Rat vertreten. Das Gesamtkonzept ist in Essen und Solingen stark aufs Sparen ausgerichtet, weil die Haushaltssicherung gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Internetplattform kann jedoch mit wenigen Anpassungen für eParticipation bei anderen Themen genutzt werden.

Je mehr Bürgerbeteiligung es gibt, umso mehr Steuerungs-, Abstimmungs- und Koordinationsbedarf zwischen den verschiedenen Beteiligungsprozessen sowie Politik und Verwaltung entsteht.



<p>Weniger Angst vor den Bürgern</p>	<p>Woher Impuls? Jena: Stadtrat einstimmig Warum denkt sich Verwaltung „grausame Liste aus? → gemeinsam</p>	<p>Aufwand für BHH-Verfahren 1 Stelle u. 50.000,- €</p>	<p>Gesamtkonzept : wie stark auf sparen fokussiert? → NRW: Haushaltssicherung</p>	<p>Zwischenbilanz: Haushaltsplanung besser geworden? - Info der Öffentlichkeit - Bewusstsein für HH-Lage - Sparvorschläge schlecht monokausal zuzuschreiben - Neue Erfahrung für Politik</p>
--------------------------------------	---	---	---	---

Bedenken: Bürger werden nur beteiligt wo nichts mehr zu verteilen ist	Beispiel Kassel: extrem schlechte Öffentlichkeitsarbeit und mangelnder Wille	BHH als Pflichtaufgabe zur Vermeidung von Bürgerbegehren/-entscheiden	E-Participation auf gleicher Plattform für andere Themen	Verbindlichkeit der Sparvorschläge?
Unterschiedliche Reaktionen	Vorträge an Schulen – unterschiedliche Resonanz (nach Alter und Schularten)	Demokratie ist Staatsaufgabe	Abstimmung und Steuerung wird nötig	Gemeindeordnung: Rat zuständig → Politik muss lernen und reinwachsen
		Übersetzung des Haushaltsplans mit Ehrenamt – Mitwirkung		Stellungnahmen der Fraktionen wären gut In Praxis z.T. sehr schwierig (Zeitproblem)
				„Paten“ für einzelne Vorschläge in Politik (Fraktionen) über Arbeitsgruppe Politik – Verwaltung

Tisch 2: Aktuelle Situation der Bürgerhaushalte in Argentinien und Peru

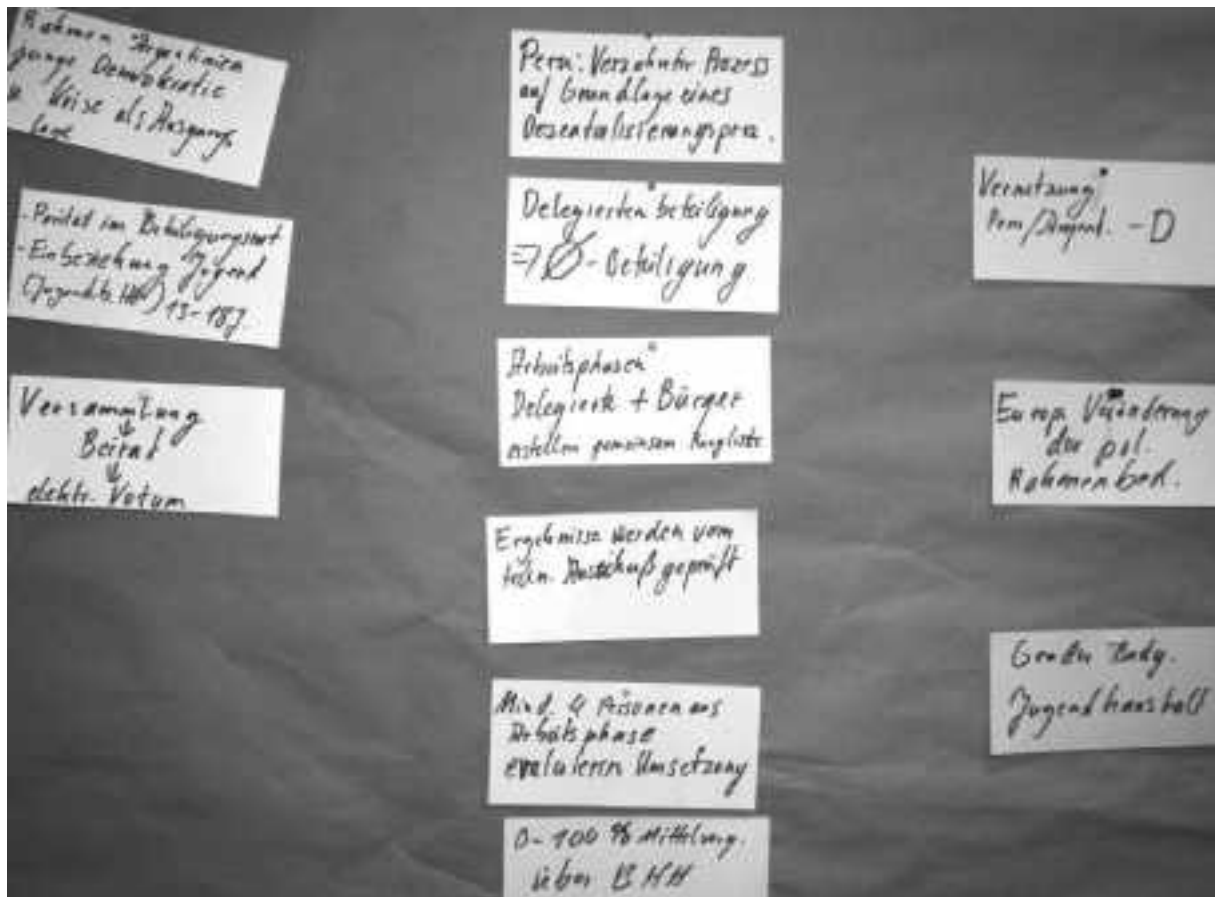
Aufbauend auf den Impulsen von Eva Roeder (über Argentinien) und Norbert Hölcker (über Peru) wurden Bezüge zu Verfahren in Deutschland diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Die Ergebnisse wurden von Benno Trütken im Plenum präsentiert.



Im Vordergrund des Gespräches standen die Erfahrungen aus Lateinamerika. Hier ging es noch einmal zu den Ursprüngen des Bürgerhaushaltes mit seinen spezifischen Perspektiven, die in Lateinamerika anders sind als in Deutschland. Sowohl in Peru als auch in Argentinien beinhalteten die Rahmenbedingungen einen politischen und gesellschaftlichen Wandel. Vor diesem Hintergrund geht es bei den Bürgerhaushalten in Argentinien und Peru weniger ums Sparen, sondern mehr um die effektive Verwendung von Haushaltsmitteln (mehr Transparenz und Bekämpfung von Korruption). Interessant erscheinen die Prozesse (Impulse, Akteure, Motive, Herausforderungen, Instrumente), die zur Entstehung des Bürgerhaushalts seit 2003 für alle Kommunen und Regionen in Peru beigetragen haben und besonders die Rolle der Kommunen, der Netzwerke und der Zentralregierung. In Peru geht der Bürgerhaushalt mit der Einführung der Wirkungsorientierung sogar noch einen Schritt weiter und verzahnt die Planungs- mit der Burgerhaushaltsebene. Da sich im Rahmen der Finanzkrise in Europa und insbesondere in Deutschland die Rahmenbedingungen auch gewandelt haben und von einer Krise der Kommunalfinanzierung gesprochen werden kann, tauchte in der Diskussion der Gedanke auf, vor diesem Hintergrund neue Chancen für einenverstarkten Einsatz des Bürgerhaushaltes zu sehen. Die aktuelle Diskussion in Deutschland zur Einbindung von Bürgerbeteiligung in Planungsprozesse (zum Beispiel beim Netzausbau erneuerbarer Energien, Stuttgart 21 oder auch „ISEK“ = Integrierte Stadtentwicklungskonzepte) konnte beim Netzwerktreffen nicht weiter vertieft werden.

Ein weiterer Punkt, der nur kurz diskutiert werden konnte, war die Wirkungsorientierung des Bürgerhaushalts in Peru, für die ein Vergleich mit den Prozessen des „neuen Steuerungsmodells/neuen kommunalen Finanzmanagements“ lohnend erschiene, ebenso wie eine Analyse des peruanischen Modells mit der Frage, wie sich gegebenenfalls Bürgerhaushalte in Deutschland stärker auf Wirkungen fokussieren lassen. Bei dieser Diskussion sollte aber Beachtung finden, dass der Bürgerhaushalt nicht zu verwaltungslastig wird, sondern der Weg hin zu Governance-Strukturen und kooperativer Beteiligung als Ideal/Leitbild einer zukunftsfähigen Demokratie im Blick behalten wird.

Ansatzpunkte für einen Erfahrungsaustausch bieten sich auch bei einzelnen Elementen der lateinamerikanischen Bürgerhaushalte. So können vom peruanischen Modell zum Beispiel Kriterien zur Projektauswahl, „Bürgeraufsicht“ und Instrumente des „Burgeraufrufs“ Anregung für deutsche Bürgerhaushalte darstellen. Impulse aus Argentinien könnten zum Beispiel vom Einsatz einer Vielfalt von Kommunikationskanälen stammen, für die die Stadt La Plata für den Bernhard-Mohn-Preis 2011 vorgeschlagen wurde, ebenso wie für die vorhandene Gender-Perspektive und die Elemente des Jugendburgerhaushaltes.



Kernpunkte Argentinien	Kernpunkte Peru	Weitere Ansatzpunkte
Rahmen: junge Demokratie und Krise als Ausgangslage	Verzahnter Prozess auf Grundlage eines Dezentralisierungsprozesses	Vernetzung: Peru / Argentinien / Deutschland
<ul style="list-style-type: none"> - Parität im Beteiligungsrat - Einbeziehung Jugend (Jugendbeteiligungshaushalt) für Jugendliche von 13 bis 18 Jahren 	Delegiertenbeteiligung → Querschnittsbeteiligung, die in der Arbeitsphase durch Bürger ergänzt wird. Gemeinsam erstellen sie eine Rangliste	Europa: Veränderung der politischen Rahmenbedingungen
Versammlung → Beirat → elektronisches Votum	<p>Ergebnisse werden vom technischen Ausschuss bewertet</p> <p>Mindestens 4 Personen aus der Arbeitsphase evaluieren die Umsetzung</p> <p>Die Verteilung der Haushaltsmittel über die Bürgerhaushalte differiert von 0 bis 100 %</p>	Gender Budget Jugendhaushalt

Tisch 3: Bürgerhaushaltsnetzwerke auf Länderebene am Beispiel von Thüringen

Impulsgeber an diesem Thementisch waren Thomas Koch vom Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz sowie Marco Schrul von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., der die Ergebnisse im anschließenden Plenum präsentierte.

Thomas Koch war es wichtig, nach einer Zwischenbilanz der bisherigen Bürgerhaushaltsprojekte und der Netzwerkarbeit in Thüringen Impulse für die zukünftige Arbeit zu erhalten. Bisher sei das Netzwerk eher eine lose Verbindung interessierter beziehungsweise aktiver Kommunen gewesen. Über die Landesregierung hat drei Jahre lang eine Startförderung in einzelnen Kommunen stattgefunden, nun ist für Koch die Frage offen, wie im Sinne einer Nachhaltigkeit die weitere Unterstützung durch das Land aussehen kann.

Eine Diskussionsbasis für diese Ausrichtung konnten die Ergebnisse der Bürgerhaushaltsstudie liefern, die Marco Schrul präsentierte (s. Präsentationen).

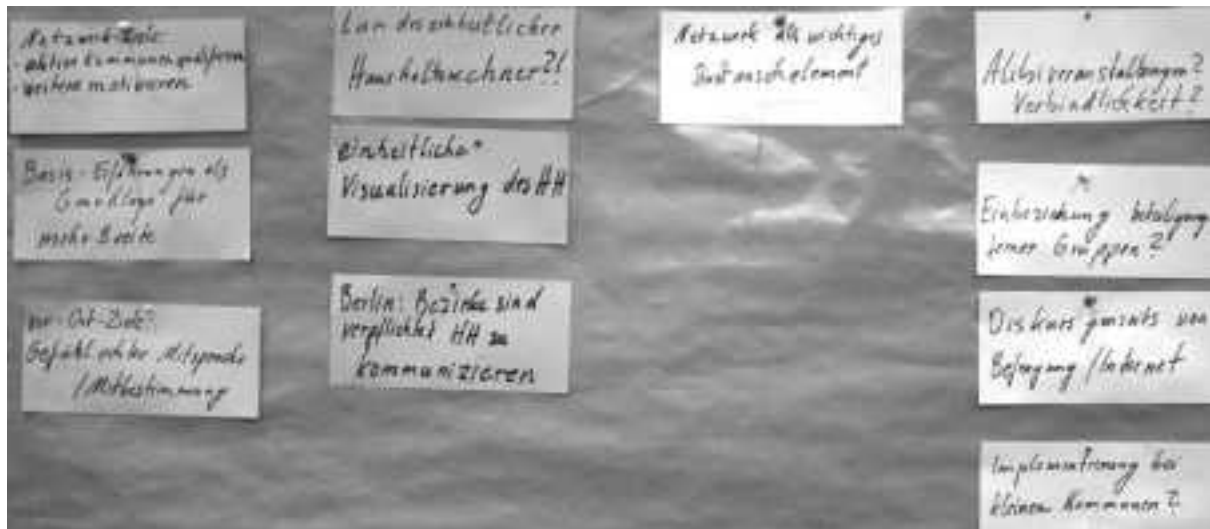
Ergebnisse der Zwischenbilanz sind bessere Informationen über kommunale Haushalte, die Ergebnisse und guten Erfahrungen mit der Beteiligung der Bürger sowie die daraus resultierenden neuen Kommunikationsstrukturen in den Kommunen. Nun gelte es, die Verstetigungsphase der Bürgerhaushalte zu konsolidieren.

Für die weitere Entwicklung zeigten sich unterschiedliche Überlegungsansätze. Zum einen wurden Ansätze wie ein gemeinsamer Haushaltsrechner für das Internet diskutiert (auch wenn die Erfahrungen mit diesem Instrument nicht nur Zustimmung fanden); daraus ergab sich dann die Überlegung, über das Netzwerk die Grundlagen für eine einheitliche und verständliche Visualisierung der Haushalte zu schaffen. Das Netzwerk solle so aktive Kommunen durch geeignete Instrumente weiter qualifizieren und neue Kommunen zur Einführung von Bürgerhaushaltsprozessen motivieren. Über diese Ansätze könnten auch kleinere Kommunen bei der Implementierung des Bürgerhaushaltes unterstützt werden. Darüber hinaus soll der Bürgerhaushaltsprozess in Thüringen in die Breite wachsen und im Land ein positives Bild vom Bürgerhaushalt entstehen.

Neben den Unterstützungselementen wurde andererseits die weitere Förderung ähnlich der bisherigen Praxis angeregt und diskutiert. So wurde argumentiert, dass nach drei Jahren gerade soviel Erfahrung gesammelt wurde, dass man in die Optimierung des Prozesses einsteigen könne und nun lasse das Land die Kommunen möglicherweise im Regen stehen. Andere Teilnehmende waren der Auffassung, dass es einer finanziellen Förderung gar nicht bedürfe, dass diese im Gegenteil sogar schädlich sei, viele Projekte, die als Modellprojekte gefördert worden seien, seien nach Ende der Förderung sang- und klanglos ausgelaufen. Insofern sei finanzielle Förderung ein vergiftetes Geschenk und lenke von der endogenen Entwicklung tragfähiger Überzeugungen in Politik und Gesellschaft nur ab (statt den eigenen Weg zu suchen, werde auf die Fördermöglichkeiten geschielt). Einig war man sich aber darin, dass ein Eigenbeitrag der Kommune auch die Wertschätzung des Themas zum Ausdruck bringt.

Ein weiterer Diskussionspunkt war auch die Kosten-Nutzen-Relation, die aus Landessicht wenigstens eine schwarze Null ergeben sollte; wobei generell Demokratie aber nicht zum Nulltarif zu bekommen ist und Effekte auf die Politikverdrossenheit nur schwer zu monetarisieren sind. Betont wurde, dass in Thüringen bei den Bürgerhaushalten nicht ein Hauptaugenmerk auf die Haushaltssicherung gelegt wurde, sondern Bürgerhaushalte auch als ein Element der Demokratie verstanden würden.

Gleichwohl stellte sich die Frage nach der Verbindlichkeit der Beteiligungsprozesse. Diese wurde zwar nicht als sehr hoch eingestuft aber es wurde deutlich, dass bei Entscheidungen wie zum Beispiel den Bau von Stadien die Empfehlungen des Bürgerhaushaltes eine hohe Tragkraft besitzen.



Ziele	Umsetzung	Nutzen	Diskussionspunkte / Fragen
Netzwerk-Ziele: - Aktive Kommunen qualifizieren - Weitere motivieren	Landeseinheitlicher Haushaltsrechner?!	Netzwerk als wichtiges Austauschelement	Alibiveranstaltungen? Verbindlichkeit?
Basis-Erfahrungen als Grundlage für mehr Breite	Einheitliche Visualisierung des Haushaltes		Einbeziehung beteiligungsferner Gruppen?
Vor-Ort-Ziele: Gefühl echter Mitsprache / Mitbestimmung	Berlin: Bezirke sind verpflichtet Haushalte zu kommunizieren		Diskurs jenseits von Befragung und Internet
			Implementierung bei kleinen Kommunen?

3. Arbeitsphase: Diskussion im Plenum

Nach der Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen fasste Benno Trütken wesentliche Gesprächsergebnisse des Netzwerktreffens zusammen:

- Viele Kommunen organisieren den Bürgerhaushalt über das Internet. Das findet hohe Akzeptanz.
- Im kritischen Blick bleibt die Verbindlichkeit der Beteiligung und damit die Frage, ob nur ein Alibi gewonnen, nur Zustimmung zu bereits gefassten Beschlüssen erzeugt werden soll oder tatsächlich Mitsprache gewünscht ist.
- Ebenfalls offen bleibt die Frage, wie über das Internet hinaus Diskurs und Kommunikation organisiert werden kann (Beispiel Jena, wo 15.000 Menschen angeschrieben wurden, viele schriftlich antworteten und keine hundert zu Veranstaltungen gekommen sind).
- Wie in Argentinien kann der Diskurs möglicherweise durch eine Mehrstufigkeit verbessert werden; das heißt, wie dort zunächst in Veranstaltungen, dann in Arbeitsgruppen, und am Ende durch Abstimmungen im Internet.
- Der Erfahrungsaustausch der Kommunen untereinander und international kann so Anregungen für die Einbindung beteiligungsferner Gruppen bringen.
- Das zeigt: Die Vernetzung bleibt wichtig, wir können viel voneinander lernen.

Ein Teilnehmer konkretisierte diese Mehrstufigkeit: Bei den deutschen Sparhaushalten kommen die Vorschläge meistens vom Rat und der Verwaltung. In Argentinien überlege man dagegen gemeinsam mit den Bürger/innen: „Was brauchen wir?“ Dann wird über etwas entschieden, was auch von den Bürger/innen selbst entwickelt worden ist. Die Beteiligung auf Stadtteilebene wurde von einer anderen Teilnehmerin herausgehoben.

Hilmar Sturm verwies auf eine Befragung in Buchloe, bei der die Bürger selbst ihre Wünsche zur Bürgerbeteiligung äußern konnten. Sie wünschten einerseits eine offene Teilnahme und andererseits einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Als Lösung biete sich ein mehrstufiges Verfahren an, dessen erste Phase offen für alle Themen und Menschen ist und dessen zweite Phase mit einer Zufallsauswahl aus der Bevölkerung (damit im weiten Sinne repräsentativ) informierte Entscheidungen bringt, etwa in Planungszellen. In einer zusätzlichen dritten Phase könnten die Bürgerinnen dann auch bei der Verwirklichung von Projekten mitmachen (was an verschiedenen Orten bereits geschehen ist, wo Kultur- oder Sporteinrichtungen in die Selbstverwaltung von Vereinen oder Gruppen übergegangen sind und damit die Kommunen viel Geld sparen).

Oliver Märker nahm diesen Vorschlag als Anlass davor zu warnen, die Erwartungen an Bürgerhaushaltsverfahren zu überfrachten.

Thomas Koch vom Thüringer Landwirtschaftsministerium wies darauf hin, dass 2012 die dritte Rio-Nachfolgekonzferenz „Rio + 20“ kommt und damit das Thema «Green Economy» Bedeutung gewinnt. Eine Entwicklung an der aus seiner Sicht die Bürgerhaushaltsdiskussion Anschluss finden sollte.

Ein Teilnehmerappell beinhaltete die stärkere Diskussion von Überlegungen, beim Sparen Anlagen und Einrichtungen an Vereinigungen zu übertragen. Eine weitere Themenanregung für das nächste Netzwerktreffen war, darüber zu sprechen, wie man in einer Kommune trotz Gegenwind einen Bürgerhaushalt initiieren kann.

Anregungen für das Netzwerk

Anita Reddy (Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) nahm dankbar die Anregungen des Plenums für die kommende Arbeit auf. Aus ihrer Sicht gilt es nun, die Bürgerhaushalte neben vielen anderen Beteiligungsformen unter dem Dach der Kommune zu verstetigen und weiter zu qualifizieren. Zwei Meinungsbilder zeigten, dass für die weitere Diskussion an dem Themenbereich „Durchführung von Bürgerhaushalten“ ein sehr breites Interesse besteht, ebenso wie an „Details und Instrumenten des Bürgerhaushaltes (wie Gender-Fragen und Einbeziehung beteiligungsferner Gruppen)“.

Die Möglichkeit, mit früherem Beginn und einer Übernachtung mehr Zeit für inhaltliche Vertiefungen und zusätzliche Gespräche zu gewinnen wird durch Frau Reddy geprüft. Grundlage hierzu werden die Erfahrungen aus dem zweitägigen internationalen Kongress zum Bürgerhaushalt in Berlin 2010 sein.

Ebenfalls aufgenommen wurde die Anregung, stärker ins europäische Ausland zu schauen und einen entsprechenden Erfahrungsaustausch zu organisieren, nachdem bei diesem Netzwerktreffen Südamerika stärker im Fokus war.

Anhang

Tagesprogramm 2.2.2011

11:00 Uhr	<p>Begrüßung</p> <p>Ute Lieske, <i>Bürgermeisterin der Stadt Eisenach</i></p> <p>Thomas Koch, <i>Referatsleiter des Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz</i></p> <p>Anita Reddy, <i>Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt</i></p>
11:20 Uhr	<p>Ablauf und Organisatorisches, Zielsetzung des Tages</p> <p><i>Moderator Benno Trütken</i></p>
11:35 Uhr	<p>Podiumsdiskussion zum Thema "Sparen mit Bürgerhaushalt?"</p> <p>Diskutiert werden sollen u. a. die ersten Erfahrungen mit Spar-Bürgerhaushalten sowie die Zielsetzung, Funktion und Wirkung.</p> <p>Podiumsteilnehmer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Thomas Koch, Stadt Solingen - Reiner König, Stadt Essen - Norbert Hölcker, rückkehrender GIZ-Berater - Marco Schrul, Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
12:45 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	<p>Worldcafé-Tische zur Vertiefung der Themen und Diskussion mit den Podiumsteilnehmern</p> <p>Tisch 1: Bürgerhaushalt als Sparhaushalt - wie geht das?</p> <p><i>Inputgeber:</i> Reiner König, <i>Stadt Essen</i> und Thomas Koch, <i>Stadt Solingen</i></p> <p>Tisch 2: Aktuelle Situation der Bürgerhaushalte in Argentinien und Peru</p> <p><i>Inputgeber:</i> Eva Roeder, <i>Universität Potsdam</i> und Norbert Hölcker, rückkehrender GIZ-Berater des Städte- und Gemeindebundes Peru</p> <p>Tisch 3: Bürgerhaushaltsnetzwerke auf Länderebene am Beispiel von Thüringen – pol. Ziele, Nutzen, Umsetzung, Beleuchtung der Studie über Thüringer Bürgerhaushalte der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.</p> <p><i>Inputgeber:</i> Marco Schrul, <i>Heinrich-Böll-Stiftung e.V.</i>, Thomas Koch, <i>Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz</i></p>
15:15 Uhr	Diskussion zentraler Fragen aus den Worldcafé-Runden
15:45 Uhr	kurze Abschlussrunde (Themen und Ziele für das nächste Netzwerktreffen) Benno Trütken / Anita Reddy
15:55 Uhr	Verabschiedung
16:00 Uhr	Ende

Teilnehmer 7. Netzwerktreffen

Nachname	Vorname	Institution
Ahlke	Josef	Stadt Erfurt
Alenitskaya	Svetlana	Bundeszentrale für politische Bildung
Bednarsky	Robert	Bündnis 90/Die Grünen Erfurt
Bersch	Lena	Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.
Bönisch	Ute	Stadt Großbreitenbach
Bruch	Hans-Joachim	Gemeinderat Pforzheim
Burgass	Ilse	Büro für Stadtsoziologie
Ebert	Bastian	AG Bürgerhaushalt Jena
Eschenhagen	Wolfgang	Institut für Kunstpädagogik Leipzig
Fischer	Angela	Stadt Witzzenhausen
Friemel	Uwe	Stadt Salzgitter
Gand	Christina	Stadt Oldenburg
Hölcker	Norbert	Land Schleswig-Holstein, rückkehrender GIZ-Berater des Städte- und Gemeindebundes Peru
Knips	Dörthe	AG Bürgerhaushalt Jena
Koch	Thomas	Stadt Solingen
Koch	Thomas	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
König	Reiner	Stadt Essen
Kreuter	Gertrud	Regionales Zentrum Hannover
Leyer	Günter	Rat der Stadt Leverkusen
Liebscher	Lutz	Stadtrat der Stadt Jena
Lieske	Ute	Stadt Eisenach
Märker	Oliver	Redaktion buergerhaushalt.de
Müller	Marc-André	Stadt Hannover
Nilsson	Sarah-Johanna	Stadt Witzzenhausen
Ortmann	Thomas	Senatskanzlei Berlin
Osthoff	Winfried	Rat der Stadt Leverkusen
Pazdzior	Bernd	Stadt Jena
Pohle	Dagmar	Bezirksamt Berlin Marzahn-Hellersdorf
Reddy	Anita	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Reinhardt	Ralf	Stadt Jena
Reinhart	Martin	Stadt Kiel
Rödiger	Olaf	AG Bürgerhaushalt Jena
Roeder	Eva	Universität Potsdam
Schäfer	Andre	Nachhaltigkeitszentrum Thüringen
Schmidt	Gerald	AG Bürgerhaushalt Jena
Schneider	Heinrich	SPD Stuttgart
Schrul	Marco	Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.

Nachname	Vorname	Institution
Schwarz	Kerstin	Bezirksamt Berlin Marzahn-Hellersdorf
Schweßinger	Stefan	Stadtrat der Stadt Eisenach
Steffen	Kai	BTU Cottbus
Sturm	Hilmar	gfb - bürgergutachten
Szybalski	Werner	AG Bürgerhaushalt Münster
Thomaschewski	Sieglinde	Stadt Halle
Trütken	Benno	forum b
Vorwerk	Volker	buergerwissen
Walther	Stefan	Stadt Eisenach
Wilhelm	Christian	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
-

- Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.
- Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
- Heft 22.: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 23.: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 24.: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Heft 25.: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementteams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
-

- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006. [vergriffen]
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2009.
- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008. [vergriffen]
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Nr. 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
- Nr. 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010
- Nr. 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
- Nr. 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010
- Nr. 42.: 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010
- Nr. 43.: Pressespiegel 2010. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2010.
-

- Nr. 44.: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschluss-evaluation. Bonn, Februar 2011
- Nr. 45.: Kommunale Partnerschaften mit Afrika Dokumentation der Konferenz vom 18.-20.11.2010 in Ludwigsburg. Bonn, März 2011
- Nr. 46.: Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt? Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Konzeption der Servicestelle. Bonn 2001. [vergriffen]
- Unser Profil [Englisch und Deutsch]
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch) [vergriffen]
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005. [vergriffen]
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007/2011.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TransFair e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Über uns

Eine Welt beginnt vor Ort

Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit. Das Leben der Menschen in dieser Einen Welt ist von einer nie dagewesenen Dynamik geprägt. Sie wollen Schritt halten und gleichzeitig nachhaltig Verantwortung für die Entwicklung lebenswerter Bedingungen übernehmen? Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement in Ihrer Kommune, mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern, wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft entwickelt sich durch kommunale Partnerschaften vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Das Team steht für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen. Verknüpfen Sie Ihre Potenziale mit denen anderer.

Steigern Sie das internationale Profil Ihrer Kommune durch globales Wissen im Austausch. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir arbeiten

an den Themen der Zukunft:

- Deshalb helfen wir **kommunale Partnerschaften mit Entwicklungsländern** - aktuell mit den Schwerpunkten: **Klima, Dreieckskooperationen, Bürgerhaushalt, Fußball** – auf- und auszubauen.
- Deshalb unterstützen wir **Migration und Entwicklung** und arbeiten mit **lokalen Diasporen** zusammen.
- Deshalb fördern wir ein **Faires Beschaffungswesen** als kommunaler Beitrag zur Ausweitung des **Fairen Handels**.

Wir sind

- Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
 - Partner für nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung der MDGs,
 - Förderer von Netzwerken und internationalem Know-how-Austausch mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
 - Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften
 - Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen
 - Unterstützer entwicklungspolitischer Aktivitäten für sozialen Zusammenhalt, politische Partizipation und Gleichberechtigung.
-

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen sowie nationale und internationale Bürgermeisterforen,
- die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke, Wettbewerbe,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch vor Ort in den Kommunen,
- die Publikationsreihen Dialog Global und Material sowie Sonderveröffentlichungen als Print- und Download-Versionen,
- eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de mit aktuellen Informationen und umfangreichen Links und Datenbanken,
- Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.
Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltige die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / GIZ GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

0228/4460-1600

www.service-eine-welt.de



Die Servicestelle in der GIZ GmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtensbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.